

„Entscheidung der Kirche hat uns tief getroffen“

Obernkirchen. Mit einem offenen Brief haben Stadtdirektor Wilhelm Mevert und Bürgermeister Horst Sassenberg auf das mehrheitlich negative Votum des Kirchenvorstandes reagiert, der eine für den 18. September geplante öffentliche Vereidigung von Rekruten der Bückeburger Heeresfliegerwaffenschule abgelehnt hat. Die Entscheidung, so schrieben die beiden obersten Repräsentanten der Stadt, habe sie „tief getroffen“.

Auf Antrag der Stadt sollte zum zweiten Mal nach 1993 das feierliche Gelöbnis und die Vereidigung von Rekruten der Heeresfliegerwaffenschule in Bückeburg als öffentliche Veranstaltung auf dem Kirchplatz in Obernkirchen vorgenommen werden.

Entsprechende Bemühungen des Bürgermeisters, diese Veranstaltung, die in den vergangenen Jahren regelmäßig in Bückeburg durchgeführt wurde, nach zehn Jahren wieder in Obernkirchen in der Umgebung des Kirchplatzes mit Stiftskirche, Roter Schule und Berg- und Stadtmuseum zu veranstalten, hatten bereits die Zustimmung der Verantwortlichen der Heeresfliegerwaffenschule gefunden. Die Vorbereitungen dafür waren bereits Anfang Juli „vielversprechend“ angelaufen, erklären Mevert und Sassenberg.

Umso größer sei die Enttäuschung nach der Ablehnung gewesen: „Zu unserem großen Bedauern müssen wir heute feststellen, dass unsere Bemühungen als gescheitert angesehen werden müssen; die öffentliche Vereidigung im Jahre 2003 wird nicht in Obernkirchen stattfinden. Die abschließende Entscheidung des Kirchenvorstandes hat uns tief getroffen; sie ist für uns in keiner Weise nachvollziehbar.“

Auch die Argumente, die zur ablehnenden Haltung des Kirchenvorstandes vorgebracht werden, seien „in keiner Weise nachvollziehbar“, denn die Bundeswehr sei ein fester Bestandteil der Demokratie und handele ausschließlich auf der Grundlage der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Ihre primäre Aufgabe bestehe darin, den Frieden zu sichern, und sie leiste damit einen entscheidenden Beitrag zur Bewahrung „unserer aller Freiheit, die wir in dieser Demokratie in so besonders hohem Maße zu schätzen wissen“.

Die Soldaten der Bundeswehr erfüllten einen verfassungsmäßigen Auftrag, so Sassenberg und Mevert: „Sie erfüllen diesen bekanntlich nicht nur mehr auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland, sondern zur Wahrung des Weltfriedens inzwischen vielmehr in verschiedenen Krisengebieten der Welt unter erheblichen Gefahren für Leib und Leben, wie uns leider aus den Medienberichten in der jüngeren Vergangenheit schon mehrfach deutlich werden musste.“

Abgesehen von ihrem militärischen Auftrag seien Soldaten der Bundeswehr immer dann zur Stelle, wenn es heiße, bei großen Katastrophen wie Überflutungen und Bränden Hilfestellung zu leisten und Leben zu retten. Kurzum: „Soldaten der Bundeswehr sind es, die insofern mit ihrem Wirken einen bedeutsamen gesellschaftspolitischen Beitrag in unserer Demokratie leisten. Mit dem feierlichen Gelöbnis und der Vereidigung versprechen sie öffentlich, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen und damit ihren verfassungsmäßigen Aufgaben entsprechend nachzukommen.“ Bitteres Fazit des Briefes: „Es fehlt uns jedes Verständnis dafür, wenn man durch eine wie vom Kirchenvorstand in diesem Falle getroffene Entscheidung eine gesellschaftspolitisch so bedeutende Institution beziehungsweise die für sie handelnden Soldaten praktisch ausgrenzt.“

Der Brief endet mit einer Entschuldigung bei den Verantwortlichen der Bundeswehr im Allgemeinen und der Heeresfliegerwaffenschule in Bückeburg im Besonderen für diesen Vorgang. Man bedanke sich aber noch einmal für die grundsätzliche Bereitschaft, die Veranstaltung in Obernkirchen veranstalten zu wollen.

Da Sassenberg und Mevert der Auffassung sind, dass mit dieser Entscheidung auch ein hoher gesellschaftlicher und politischer Schaden entstanden ist, der der Stadt Obernkirchen insgesamt angelastet werde, hätten sich beide – mit Unterstützung der politischen Gremien der Stadt Obernkirchen – dazu entschlossen, diesen Vorgang in dieser Form öffentlich transparent zu machen.

In die Debatte hat sich gestern auch der ehemalige niedersächsische Innenminister und jetzige Landtagsabgeordnete Heiner Bartling (SPD) eingeschaltet. Er forderte im Gespräch mit unserer Zeitung den Kirchenvorstand Obernkirchen auf, die ablehnende Entscheidung „noch einmal zu überdenken“.

Bartling: „Wenn unsere Jungs aus dem Kosovo und Afghanistan zurückkommen, dann stößt so eine Entscheidung auf Unverständnis. Dann haben junge Menschen, die sich für den Frieden einsetzen, den Eindruck, euch wollen wir hier nicht“. Und dies dürfe nicht sein.